

Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport am Montag, 14.02.2011, 17:00 Uhr, im Rathaus I, großer Sitzungssaal.

Anwesend:

| | |
|------------------------------------|--|
| Ausschussvorsitzender: | Walter Langer |
| stellv. Ausschussvorsitzende: | Ilonka Etzold |
| Ausschussmitglieder: | Karin Boomhuis Jürgen Bruns (bis TOP 4.4 ÖT) Jörn Kickler Kurt Klose Bernd Redeker Claudia Rohlfs Dorothea Weikert |
| stellv. Ausschussmitglieder: | Dirk Brumund |
| hinzugewählte Ausschussmitglieder: | Hans-Georg Buchtman Jürgen Büppelmann Dieter Staritz |
| Ratsmitglieder: | Rudolf Böcker Bernd Köhler Georg Ralle |
| Bürgermeister: | Gerd-Christian Wagner |
| von der Verwaltung: | Rolf Heeren Dirk Heise Sabine Spranger |
| Gäste: | Volker Beier (zu TOP 4.1) Nannette Poerschke (zu TOP 4.1) |

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Einwohnerfragestunde**
- 2 Anträge an den Rat der Stadt**
Kein Tagesordnungspunkt
- 3 Stellungnahmen für den Bürgermeister**
Kein Tagesordnungspunkt
- 4 Zur Kenntnisnahme**
 - 4.1 Bildungsregion Friesland
 - 4.2 Einführung eines Benutzungsentgeltes für das Freibad "Am Bäker"
 - 4.3 Antrag des Sport-Clubs Varel e.V. und des TuS Varel 09 auf Zustimmung zur Errichtung von Vereinsheimen auf der Sportanlage Windallee
 - 4.4 Verkehrssituation im Bereich des Lothar-Meyer-Gymnasiums

Protokoll:

Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende des Fördervereins „Freibad Am Bäker Varel“, Herr Dieter Kanth, meldet sich zu Wort. Er begrüßt es, dass Politik und Verwaltung Maßnahmen zum Erhalt des Freibades am Bäker beschlossen haben. An der Erarbeitung eines Fortführungskonzeptes zum Erhalt des Vareler Freibades ist der Förderverein interessiert. An der Gestaltung des Fortführungskonzeptes will der Verein sich aktiv beteiligen. Bevor über die Einführung eines Nutzungsentgeltes sowie die Beschaffung und Einbau eines Drehkreuzes mit einem Münzautomaten entschieden werden soll, sollten wichtige Fragen eingehend geprüft und beantwortet werden. Herr Kanth überreicht, nachdem er die Fragen vorgelesen hat, dem Bürgermeister den Fragenkatalog.

Der Bürgermeister fühlt sich in seinen Grundsatzentscheidungen durch den Förderverein bestätigt. Die Fragen sollen schriftlich beantwortet und dem Protokoll als Anlage beigefügt werden. (sh. TOP 4.2)

Der Ausschussvorsitzende Langer möchte die Fragen öffentlich in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport beantwortet wissen. Die nächste Sitzung soll zeitnah erfolgen.

Herr Effmann, der 2. Vorsitzende der DLRG, meldet sich zu Wort, um den Standpunkt der DLRG darzulegen. Dazu führt er aus, dass die DLRG auf dem angrenzenden Gelände des Freibades am Bäker eine Grillhütte, ohne einen Zuschuss der Stadt Varel, errichtet hat. Die Nutzung der Grillhütte wird sowohl Schulen, Vereinen als auch der Stadtverwaltung angeboten. Als problematisch sieht es Herr Effmann an, wenn Veranstaltungen eines Vereines am Wochenende erfolgen sollen, für die dann ein Eintrittsgeld erhoben werden müsste. Er weist auf die zahlreichen Aktionen und Tätigkeiten hin, die die DLRG im Freibad am Bäker angeschoben und erledigt hat. Er kritisiert, dass über Einzelheiten nicht mit der DLRG gesprochen wurde.

Der Bürgermeister fasst den Einwand als allgemeine Frage auf. Auch die Verwaltung will, dass das Freibad am Bäker erhalten bleibt. Intensiv wurde sich in der Verwaltung mit der aufgezeichneten Problematik auseinandergesetzt. Die Durchführung von Veranstaltungen soll auch weiterhin durch die Stadt Varel gefördert werden. Die Attraktivität des Freibades am Bäker ist insgesamt zu sehen. Die Erhebung eines Eintrittsgeldes muss zur Refinanzierung für das Freibad am Bäker dienen. Die DLRG, als verlässlicher Partner, ist zu den nun folgenden Gesprächen herzlichst einladen. Der Bürgermeister sieht aber auch die Stadt Varel als einen Partner an, auf den man sich verlassen kann. Die einmalige Situation nun einen dritten Partner, nämlich den Förderverein Freibad am Bäker, an der Seite zu haben, birgt ein großes Potential, welches es zu nutzen gilt.

2 Anträge an den Rat der Stadt

Kein Tagesordnungspunkt

3 Stellungnahmen für den Bürgermeister

Kein Tagesordnungspunkt

4 Zur Kenntnisnahme

4.1 Bildungsregion Friesland Vorlage: 403/2010

Der Landkreis Friesland hat die Absicht, in seinem Gebiet eine lokale Bildungsregion aufzubauen. Zu diesem Zweck hat der Kreisausschuss in seiner Sitzung am 08.12.2010 das ausgearbeitete Projekt „Bildungsregion Friesland“ beschlossen. Dieses Projekt, die angedachte Struktur sowie der Entwurf der Kooperationsvereinbarung wurden in den letzten Wochen den Bildungseinrichtungen im Landkreis Friesland vorgestellt. Ebenso den Hauptverwaltungsbeamten in ihrer Zusammenkunft am 06.12.2010.

Zum Projekt „Bildungsregion Friesland“ tragen Frau Nanette Poerschke, Schulleiterin der Grundschule am Schlossplatz und Herr Volker Beier, Regierungsschuldirektor a. D., vor.

Der Rahmen für das Projekt „Bildungsregion Friesland“ soll durch den Abschluss der als Anlage dieser Niederschrift beigefügten Kooperationsvereinbarung festgelegt werden. Für den Beitritt der Stadt Varel zum Projekt „Bildungsregion Friesland“ ist eine Entscheidung des Rates erforderlich.

Ein Beitritt der Städte und Gemeinden ist nach dem vorliegenden Entwurf der Vereinbarung mit der Bereitschaft verbunden, Mittel für den Innovationsfond beizustellen.

Aus dem Innovationsfond sollen die einzelnen Projekte finanziert werden. Gespeist werden soll der Innovationsfond aus den vereinbarten Beiträgen der beteiligten Schulträger sowie aus Sponsorengelder aus der Wirtschaft. Für das Haushaltsjahr 2011 wurden vom Landkreis Friesland Mittel in Höhe von 50.000,00 € für den Innovationsfond bereitgestellt.

Vorgesehen ist, dass die teilnehmenden Schulträger jährlich einen Betrag zwischen 1,00 € und 3,00 € pro Schüler in den Innovationsfond einbringen. Verbindliche Festlegungen hierzu gibt es jedoch noch nicht. Derzeit wäre dies ein Betrag zwischen 1.000,00 € und 3.000,00 €.

Die Teilnahme am Projekt „Bildungsregion Friesland“ wird in den Schulen im Schulvorstand beschlossen. Der Schulträger entscheidet für sich ebenfalls eigenverantwortlich. Die Teilnahme der Kindertageseinrichtungen wird im Einvernehmen mit deren Trägern beschlossen.

Es folgt eine Power-Point-Presentation. Diese ist der Niederschrift des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport als Anlage beigefügt.

Zunächst trägt Frau Poerschke den allgemeinen Teil des Projektes „Bildungsregion Friesland“ vor. Es folgt ein Überblick, was sind Bildungsregionen, warum gibt es sie und wo sind bereits Bildungsregionen angesiedelt.

Herr Beier führt im zweiten Teil der Power-Point-Presentation aus, wie die konkrete Umsetzung des Projektes „Bildungsregion Friesland“ erfolgen soll. Er stellt die Aufgaben der einzelnen Gremien und Organe der Bildungsregion vor. Arbeitsschwerpunkte werden dargelegt.

Das Ausschussmitglied Ratsherr Redeker gibt zu Bedenken, dass es in Deutschland bereits ein vielfältiges Schulsystem gibt. Er fragt nach, ob nun durch die Einrichtung einer Bildungsregion Friesland weitere Aufsplitterungen zu erwarten sind.

Hierzu führt Herr Beier aus, dass die rechtlichen Zuständigkeiten bleiben. Weiterhin wird es Vorgaben des Kultusministeriums und der Landesschulbehörde geben. Nach dem schlechten Abschneiden der Pisa-Studie stellten die Landkreise und Kommunen fest, dass das Land im Bereich der Vernetzung nicht ausreichend tätig war. Örtlich bezogene Projekte sollten nun eingerichtet werden, um aus den negativen Erfahrungen der Pisa-Studie zu lernen. Regionale Verbesserungen können erreicht werden, in dem der Handlungsspielraum der Landkreise und Kommunen sowie die der anderen Bildungseinrichtungen genutzt wird.

Das Ratsmitglied Böcker führt aus, dass die geplante Vernetzung der Bildungseinrichtungen zu einer Verbesserung unseres Schulsystems beitragen wird. Daher spricht er sich für das Projekt „Bildungseinrichtung Friesland“ aus.

Herr Beier sieht in dem Projekt einen langsamen aber stetig wachsenden Verbesserungsprozess. Wünschenswert ist es daher, dass das Projekt „Bildungsregion Friesland“ über viele Jahre läuft.

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende Ratsfrau Etzold sieht in dem Projekt einen guten Weg, der zu einer guten regionalen Bildung führt. Sie stellt sich jedoch eine verbindliche Teilnahme vor. Die Verbindlichkeit sollte nicht nur für Schulen und Lehrer gelten, sondern auch die Eltern sollten aufgefordert sein, sich in dem Projekt einzubinden. Es muss eine Verbindlichkeit geben, dass die Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, damit nicht wenige Freiwillige schon im Ausgangsprozess stecken bleiben.

Für das Ausschussmitglied Ratsherrn Bruns sind verbindliche Regelungen und Verantwortlichkeiten wichtig, um diesem Projekt zuzustimmen. Er fragt nach, ob Elternprojekte oder soziale Maßnahmen in die Bildungsregion Friesland eingebunden werden können.

Frau Poerschke erklärt dazu, dass genau das das Ziel sein sollte

Herr Beier weist darauf hin, dass das Projekt „Bildungsregion Friesland“ nichts an den rechtlichen Vorgaben ändern kann. Diese bleiben wie bisher. Der vom Gesetzgeber gewollte Handlungsspielraum der Schulen kann nicht für verbindlich erklärt werden. Durch Absprachen untereinander wird es aber zu Verbesserungen kommen.

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende Ratsfrau Etzold hält es dafür um so wichtiger, dass der Schulträger Impulse zum Mitmachen geben wird, damit auch alle Kinder aus allen Grundschulbereichen die Möglichkeit haben, an einer Schule beschult zu werden, die der „Bildungsregion Friesland“ angehört.

Wichtig für Herrn Beier ist es, dass die Schulen aus eigenen Motivationen der „Bildungsregion Friesland“ angehören wollen. Die Schulen sollen davon überzeugt

werden, dass das Projekt „Bildungsregion Friesland“ für sie Vorteile hat.

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Langer stellt fest, dass das Projekt „Bildungsregion Friesland“ nicht nur auf großes Interesse stößt, sondern dass es auch befürwortet wird. Es gilt die geweckte Neugierde zu befriedigen. Da es sich um eine prozessorientierte Angelegenheit handelt, stellt sich ihm die Frage, wie es weitergehen wird. Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Langer geht davon aus, dass Informationen der „Bildungsregion Friesland“ über Projektentwicklungen auch dem Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport weiterhin vorgetragen werden, damit man Informationen aufnehmen kann, davon lernen und eventuell damit verbundene Beschlüsse auf den Weg bringen kann. Ein Stichwort von Frau Poerschke hierzu, fiel bereits, nämlich die gefährdete Zweizügigkeit an der Grundschule am Schlossplatz. Damit die hervorragende Arbeit an den Schulen nicht in Gefahr gerät, sollte dieses Thema in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport neu beraten werden.

Frau Poerschke teilt mit, dass es prozessbezogen in der Zukunft auch weitere Informationsveranstaltungen geben wird.

Aus Sicht des Ausschussvorsitzenden Ratsherrn Langer könnte über die Beschlussvorlage abgestimmt werden.

Das Ausschussmitglied Ratsherr Bruns möchte jedoch allen Fraktionsmitgliedern die Möglichkeit geben, sich mit dem Thema auseinander zu setzen.

Nach einhelliger Beratung wird dieses Thema in die Fraktionen zurückgegeben, mit dem Hinweis auf der nächsten Sitzung des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport hierüber zu beschließen.

4.2 Einführung eines Benutzungsentgeltes für das Freibad "Am Bäker" Vorlage: 051/2011

Das Freibad am Bäker wird während jedes Jahr in der Zeit vom 01. Juni bis zum 31. August geöffnet. Die Substanz der Gebäude und technischen Anlagen ist dem Alter entsprechend als gut zu bezeichnen. Eine Erwärmung des Beckenwassers findet nicht statt. Seit der Freibadsaison 1974 wird gem. Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 17.05.1974 von den Besuchern für die Benutzung des Bades kein Entgelt erhoben.

Bereits 2005 wurde über die mögliche Einführung von Entgelten für die Nutzung des Freibades am Bäker nachgedacht und zwar in Anlehnung an die Regelung der Stadt Schortens für das Naturfreibad Heidmühle. Die Stadt Schortens betreibt das Naturfreibad Heidmühle mit ca. 1,5 ha Wasserfläche und 5 ha Liegewiesen. Für die Nutzung des Freibades werden während der Öffnungszeiten bei guter Witterung Eintrittspreise erhoben. Bei schlechtem Wetter ist die Kasse nicht besetzt.

Die Eintrittspreise wurden wie folgt festgesetzt.

| | |
|---|---------|
| Erwachsene | 2,00 € |
| Kinder / Jugendliche ab dem 4. bis zum 18. Lebensjahr | 1,00 € |
| 10er Karten für Erwachsene | 12,00 € |
| 10er Karten für Jugendliche | 5,00 € |
| Jahreskarte Erwachsene | 40,00 € |
| Jahreskarte Kinder | 15,00 € |

Bei der Behandlung der Angelegenheit im Fachausschuss am 24.01.2005 wurde ausgeführt, dass bei einer möglichst einfachen Preisgestaltung auch Alternativen zu den Regelungen der Stadt Schortens in Erwägung gezogen werden sollen.

Die Einführung eines Benutzungsentgeltes für das Freibad am Bäker wurde erneut in der Sitzung des Ausschusses für Kultur, Sport und Jugend am 26.05.2008 behandelt. Die Angelegenheit wurde zur Beratung in die Fraktionen des Rates zurückgegeben.

In den Beratungen des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2011 wurden die in der dem Protokoll anliegenden Übersicht zusammengefassten Kostenentwicklungen für das Freibad am Bäker erörtert. Im Vorgriff auf die noch ausstehende Entscheidung über die Erhebung eines Benutzungsentgeltes wurde eine Einnahmeerwartung von 18.000,00 € festgelegt. Für die Realisierung der Erhebung des Entgeltes ist der Einbau eines Drehkreuzes mit einem Münzautomaten geplant. Dafür wurde ein Betrag in Höhe von 12.000,00 € eingestellt.

Zur Umsetzung der vorgenannten Eckpunkte aus dem Haushaltsplan 2011 muss zügig über die Einführung der Entgelte, die Entgelthöhe und in der Folge über die Beschaffung der technischen Vorrichtungen entschieden werden. Verwaltungsseitig wird vorgeschlagen, das Entgelt pro Besucher und Nutzung einheitlich auf 1,00 € festzusetzen. Durch diese Festsetzung könnte mit einem einmaligen Aufwand eine sehr einfache Zugangsregelung(=Drehkreuz mit Münzautomat) geschaffen werden, die keinen erhöhten Personalaufwand erfordert.

Nach den vorliegenden Abschlussberichten der letzten 3 Jahre wurde das Freibad am Bäker wie folgt besucht:

| | | |
|------|--------|-----------|
| 2008 | 12 826 | Badegäste |
| 2009 | 14.640 | Badegäste |
| 2010 | 22.025 | Badegäste |

Bei durchschnittlichen 15.000 zahlenden Besuchern, könnten Jahreseinnahmen von 15.000,00 € erzielt werden. Bei einem einheitlichen Eintrittspreis von nur 1,00 € pro Person, könnte sich die Investition in eine Drehkreuz kurzfristig amortisieren.

Auf von der Stadt Varel gewährte Vergünstigungen (Berechtigungsausweis und Badepass) müsste nicht verzichtet werden. Eine sofortige Erstattung des Eintrittspreises durch das Aufsichtspersonal des Schwimmbades wäre denkbar.

Es wird vorgeschlagen, ab der Freibadesaison 2011 ein Benutzungsentgelt in Höhe von 1,00 € pro Person und Nutzung zu erheben. Für die technische Abwicklung der Entgelterhebung wird eine Drehsperr mit Münzautomat aufgestellt.

Das Ausschussmitglied Ratsherr Redeker schlägt zu Beginn der Sitzung vor, den Beratungspunkt von der Tagesordnung zu nehmen. Ohne das Fortführungskonzept zu kennen, möchte er nicht über die Einführung eines Benutzungsentgeltes für das Freibad am Bäker entscheiden.

Der Bürgermeister Wagner weist darauf hin, dass in den Haushaltsberatungen über die Einführung eines Benutzungsentgeltes gesprochen wurde. Sie sind im Haushaltsplan des Haushaltsjahres 2011 veranschlagt. Der politische Wille ein solches Entgelt erheben zu wollen, ist damit dokumentiert worden. Zum anderen

ist das Fortführungskonzept losgelöst von der Erhebung eines Benutzungsentgeltes zu sehen. Die Erhebung des Benutzungsentgeltes ist im Fortführungskonzept nur ein Teilaspekt. Macht man die Erhebung eines Benutzungsentgeltes an dem Fortführungskonzept fest, so würde dies bedeuten, dass das Fortführungskonzept mit der Nichteinführung des Benutzungsentgeltes auch nicht umgesetzt werden sollte.

Einer Vertagung des Tagesordnungspunktes könnte der Bürgermeister zustimmen, wenn kurzfristig erneut beraten werden soll. Das Fortführungskonzept hält der Bürgermeister auch mit den entsprechenden Partnern für problemlos umsetzbar. Einige Themen des Fortführungskonzeptes könnten bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport mit den Partnern abgestimmt werden.

Auf den Hinweis des Ratmitgliedes Köhler, dass dies in den Fraktionen zunächst beraten werden sollte, weist der Bürgermeister darauf hin, dass dieses Thema bereits seit 2008 in den Fraktionen zur Beratung vorliegt.

Dem Ausschussmitglied Ratsherrn Kickler macht der Beschlussvorschlag Angst. Für ihn besteht noch Beratungsbedarf.

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende Ratsfrau Etzold möchte auch zunächst das Fortführungskonzept behandeln, um Optimierungsansätze auszuarbeiten, denn sowohl vom Förderverein als auch von der DLRG erfolgte der Hinweis, sich an dem Fortführungskonzept einbinden zu wollen. Unter Umständen kann es dann auch wieder zur Einführung eines Eintrittsgeldes kommen.

Dem Ausschussmitglied Ratsherrn Redeker ist es bewusst, dass diese Thematik seit 2008 zur Beratung in den Fraktionen ist, das Fortführungskonzept ist jedoch neu. Für ihn ist der Eintrittspreis ein wichtiger Bestandteil des Konzeptes.

Der Bürgermeister Wagner betont nochmals, dass die Erhebung eines Eintrittspreises und das Fortführungskonzept zwei verschiedene Dinge sind. Wenn es politisch gewollt ist, kann man die beiden Themen miteinander in Verbindung bringen. Die Beschlussvorschläge müssten dann aber anders formuliert werden. Die einzelnen Teile des Fortführungskonzeptes müssten Teil für Teil für sich beschlossen werden. Daher sollte man keine Verknüpfung der Themen herstellen, weil es um einen Grundsatzbeschluss geht, einen Solidaritätsbeitrag von 1,00 € für das Freibad am Bäker zu erheben. In den Beratungen im Haushaltsplan wurde dies klar dokumentiert.

Für das Ausschussmitglied Ratsherrn Bruns können die Themen nur im Zusammenhang gesehen werden. Die Zukunft für das Freibad am Bäker ist für viele fraglich, u. a. standen Fragen im Raum, ob man das Freibad am Bäker in seiner Gesamtheit an einen anderen Betreiber übergeben könnte. Wenn die Ausgestaltung des Zukunftskonzeptes unbekannt ist, kann über einen Eintrittspreis nicht entschieden werden.

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende Ratsfrau Etzold schlägt vor, zu überdenken, wie viel Geld man städtischerseits überhaupt für das Freibad am Bäker verkraften könnte. Im Mittelpunkt des Fortführungskonzeptes müsste dieser Festbetrag stehen. Erst dann kann überlegt werden, wie man mit diesem Zuschuss und den Mitteln von Eintrittsgeldern, Sponsoren, Arbeitseinsätzen und die Beteiligung von Jugendlichen dieses Freibad weiter betreiben könnte. Für Ratsfrau Etzold ist der Beschluss über die Erhebung eines Eintrittsgeldes als einzelner Punkt keine gute Lösung, da man nur einen Teilaspekt des Fortführungskonzeptes re-

gelt. In einem Zeitraum von 3 Jahren, könnte man auf einen erarbeiteten Festbetrag kommen.

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Langer sieht den allgemeinen Wunsch, sich zunächst mit dem Fortführungskonzept zu beschäftigen und erst dann über den Tagesordnungspunkt „Einführung eines Benutzungsentgeltes für das Freibad am Bäker“ zu entscheiden. Aus den Beiträgen des Bürgermeisters kann er ein gewisse Eile erkennen. Mit der Entscheidung Haushaltsmittel im Haushaltsplan bereitzustellen, wurden gewisse Bestandsicherungsmomente im Haushalt verankert. In einer neuen Ausschusssitzung in 14 Tagen könnte man zur Beschlussfassung kommen.

Nach eingehender Diskussion über die Einführung eines Benutzungsentgeltes für das Freibad am Bäker wird es einhellig befürwortet, dieses Thema zur Beratung in die Fraktionen zurückzugeben. In der nächsten Sitzung des Ausschusses für Schulen, Sport und Kultur soll eine Beschlussfassung erfolgen.

4.3 Antrag des Sport-Clubs Varel e.V. und des TuS Varel 09 auf Zustimmung zur Errichtung von Vereinsheimen auf der Sportanlage Windallee Vorlage: 411/2010

Bereits in der Sitzung des Ausschuss für Kultur und Sport am 09. Januar 2002 wurde bekannt gegeben, dass der TuS Varel 09 die Errichtung eines Vereinsheimes auf den Sportanlagen der Windallee beantragt hat. Einen gleichgelagerten Antrag (Errichtung eines Vereins- und Versammlungsgebäudes) hatte der Sport-Club Varel e.V. vorgelegt. 2002 wurde mit beiden Vereinen erörtert, ob die Errichtung eines Gebäudes, welches von beiden Vereinen genutzt werden kann, möglich ist. Dabei wurde festgelegt, dass die Planung eines Gebäudes erstellt werden sollte. Pläne für die Erweiterung der vorhandenen Gebäude wurden durch das Stadtbauamt erstellt. Die Kosten wurden mit 150.000,00 € veranschlagt. Es kam jedoch nicht zu dem gemeinsamen Projekt und zwar vorrangig aus finanziellen Gründen.

In den Sitzungen des Ausschuss für Kultur, Sport und Jugend am 21.03.2007 und des Verwaltungsausschusses am 12.04.2007 wurde ein erneuter Antrag des Sport-Club Varel e.V. vom 30.01.2007 behandelt. Seitens des Vereins bestand die Absicht, auf den Sportanlagen an der Windallee ein Schulungs- und Versammlungsgebäude zu errichten. Es war geplant, auf eigene Kosten in unmittelbarer Nähe des Umkleide- und Sanitärgebäudes auf dem Schlackeplatz ein ca. 12 m x 8 m großes Gebäude aus Holz oder Stein zu errichten. Wegen Finanzierungsschwierigkeiten ist der Bau nicht zur Ausführung gekommen.

Der Sport-Club Varel e.V. führte damals wie heute aus, dass im Waldstadion keine Möglichkeit vorhanden ist, Schulungen für die Sportler durchzuführen oder sich nach dem Training oder den Spielen in einer geeigneten Räumlichkeit aufzuhalten. Besprechungen etc. finden in den Umkleidekabinen statt. Auch für die jugendlichen Sportler gibt es keine Aufenthaltsmöglichkeit nach dem Sportbetrieb.

Am 21.10.2008 befasste sich der Ausschuss für Kultur, Sport und Jugend erneut mit einem Antrag des Sport-Club Varel e.V. Der hatte nunmehr ein Angebot erhalten, die Grillhütte auf dem Gelände des ehemaligen Gaststättenbetriebes Hassmann in Obenstrohe günstig zu erwerben. Der Verein wollte die Hütte abbauen und im Waldstadion in der Nähe des eisernen Eingangstores am Wall wieder aufbauen und als Schulungs- und Versammlungsraum nutzen. Die Hütte hatte einen

achteckigen Grundriss mit einer Fläche von ca. 9 X 9 m. Zu dem Erwerb der Grillhütte ist es nicht gekommen.

Die Finanzierung der in den Jahren 2007 und 2008 beabsichtigten Maßnahmen wollte der Sport-Club Varel e. V. eigenständig sicherstellen. Die Beteiligung der Stadt Varel war deshalb auf die Zustimmung zur Grundstücksnutzung begrenzt. Diese Zustimmungen wurden ohne Einschränkungen bewilligt.

Der Sport-Club Varel e.V. hat das Projekt „Vereinsheim“ erneut modifiziert. Er beabsichtigt nunmehr ein 12 m x 8 m großes Vereinsheim als Anbau an den vorhandenen Bestand (Schiedsrichterraum, Heizungs- und Geräteraum) zu errichten. Zusätzlich liegt seit dem 28.01.2011 ein gleichgelagerter Antrag des TuS Varel 09 vor. Dieser Verein beabsichtigt ebenfalls die Errichtung eines Vereinshauses in unmittelbarer Nähe des vorhandenen Gebäudebestandes. Nach den hier vorgelegten Unterlagen soll dieser Vereinsbereich durch den Bau einer Blockhütte in der Größe von 6 m x 10 m und durch die Schaffung einer davor liegenden Terrasse (3 m x 9 m) realisiert werden.

Auch hier ist zunächst die Zustimmung der Stadt Varel als Eigentümerin der Sportanlagen an der Windallee erforderlich.

Verwaltungsseitig kann die neue Situation nicht als zufrieden stellend beurteilt werden. Wie bereits im Jahr 2002 zum Ausdruck gebracht, wird eine gemeinsame Lösung (ein Gebäude, mehrere Nutzer) eindeutig favorisiert. Es wird daher vorgeschlagen, die Verwaltung zu beauftragen, mit beiden Vereinen erneut die Chancen für ein gemeinsames Projekt auszuloten.

Der Bürgermeister Wagner stellt den Ablauf der einzelnen, durch den Sport-Club Varel e.V. und dem TuS Varel 09 gestellten, Antragsstellungen nochmals kurz dar. Aus Sicht der Stadt Varel machen die Entwicklungen wenig Sinn. Städtischerseits werden den Vereinen viele Dinge zur Verfügung gestellt, dies darf aber nicht dazu führen, dass separatistische Anträge gestellt werden. Eine Zusammenarbeit der Vereine ist für den Bürgermeister wichtig. Es hat neueste Gespräche mit den Verantwortlichen und Herrn Heeren gegeben, die eine Annäherung der beiden Vereine erkennen lassen. Hier ist eine neue Idee entstanden, die mit den Verantwortlichen besprochen werden muss.

Von der Verwaltung berichtet Herr Heeren. Herrn Betten, dem Vorsitzenden des Sport-Club Varel e.V. wurde mitgeteilt, dass es Vorbehalte auf die Errichtung separater Vereinsheime gibt. In einem Gespräche teilte Herr Betten mit, dass beide Vereine sich dahingehend eine Lösung vorstellen könnten, ihre Vereins- und Schulungsräume in gleicher Bauweise als Anbau an den vorhandenen Baubestand errichten zu wollen. Diese Absprachen müssten noch mit den Vorsitzenden der Vereine ausgelotet werden. Eine Vorstellung über das Ergebnis der Gespräche wird in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Schulen, Sport und Kultur vorgestellt werden. So kann sichergestellt werden, dass die Betriebsmittel, die den Vereinen zur Verfügung gestellt werden, sich in einer sinnvollen Größe halten, die die Stadt Varel auch noch leisten kann. Auch dem TuS Obenstrohe und dem TuS Dangastermoor werden kostenfrei Gas, Wasser und Strom zur Verfügung gestellt. Dieses wird auch von den Varelern Vereinen von der Stadt Varel erwartet. Die Stadt Varel als Träger der Sportanlage, kann von den Vereinen eine wirtschaftliche Gesamtlösung erwarten. Zwei einzelne Gebäude werden die Bewirtschaftungskosten unnötig in die Höhe treiben. Die Gespräche mit Herrn Betten deuten darauf hin, dass es eine gemeinsame Lösung geben wird. Hinsichtlich der Bauausführung müssen aber noch Gespräche geführt werden. Voraussichtlich

werden es 2 Projekte bleiben, weil es bei den Vereinen einen unterschiedlichen Stand hinsichtlich ihrer Finanzierung gibt. Sollte der Sport-Club Varel e.V. seine Finanzierung gesichert haben, so könnte dieser mit dem Bau beginnen. Der TuS Varel 09 könnte in gleicher Weise in einem Jahr mit dem Bau seines Vereinsheimes folgen.

Der Bürgermeister Wagner ergänzt hierzu, dass der Kreissportbund, Frau Dirks, die Förderung von 2 separaten Anträgen in einem Jahr nicht befürwortet. Auch von den sportfördernden Stelle wird Kooperation groß geschrieben.

Das hinzugewählte Mitglied Herr Büppelmann begrüßt die neuesten Entwicklungen. Grundsätzlich werden die Anträge von Herrn Büppelmann unterstützt. Anders sind jedoch die Anträge des TuS Obenstrohe und des TuS Dangastermoor zu sehen. Diese Vereine haben keine vereinsnahe Gaststätte mehr, während sich dies in Varel anders darstellt. Herr Büppelmann stellt fest, dass die Vorschläge von Herrn Betten über die Jahre hinweg gut konzipiert waren, leider aber nicht zur Ausführung kamen. Auch wenn man dem TuS Varel 09 ein eigenes Vereinheim zugestehen müsste, so stünde eine Vereinsgaststätte als Vereins- und Versammlungsgebäude zur Verfügung. Der Antrag des TuS Varel 09 wurde von Herrn Die-luweit unterschrieben, der nicht dem Vorstand angehört. Auf Grund dieses Formfehlers besteht für Herrn Büppelmann keine rechtliche Bindung an diesen Antrag. Dieser Formfehler wäre bei einer Vereinseinigung zu heilen. Zur Lösung des Problems sollte man sportplatznahe Strukturen nutzen. Das Tivoli besitzt über ein selten genutztes Kaminzimmer. In Absprache mit dem Gaststättenbetreiber könnte man zu Lösungen kommen.

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Langer erteilt dem Vorsitzenden des Sport-Club Varel e.V. das Wort.

Herr Betten stellt dar, dass der Sport-Club Varel e.V. lediglich einen Clubraum mit eigener Toilettenanlage als Anbau an den vorhandenen Bestand errichten will. An diesen Anbau soll ein weiterer Anbau mit eigenem Club-Raum und Toilettenanlage des TuS Varel 09 entstehen. Beim TuS Varel 09 und dem Sport-Club Varel e.V. handelt es sich um 2 Traditionsvereine, die nicht einen Vereins- und Versammlungsraum nutzen können. Es sollen 2 Clubräume entstehen, wobei ein öffentlicher Ausschank nicht stattfinden soll. Genügend Platz dafür sollte im Waldstation vorhanden sein.

Das hinzugewählte Mitglied Herr Büppelmann ist der Meinung, dass die Sportler beider Vereine sich in einem entsprechenden Raum nach einer entsprechenden Absprache versammeln könnten

Das Ausschussmitglied Ratsmitglied Klose bezeichnet die Angelegenheit als „Vereinsmeierei“. Auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ist es für ihn unverständlich, dass 2 Vereine nicht gemeinsam einen Vereinsraum nutzen können.

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Langer verweist auf eine sachliche Diskussionssebene. In diesem Zusammenhang muss man ein Sportstättenkonzept erstellen. Nicht nur im Bereich der Erstellung eines Kunstrasenplatzes ist dies von Bedeutung, sondern für die Zukunft ist es wichtig, festzustellen, in welchem Rahmen die Stadt Varel den Sport fördern möchte. Der demografische Wandel wird hier eine Rolle spielen, der auch die Vereine treffen wird. Die Frage wird sich stellen, wie ein solches Konzept der Sportförderung aussieht und wie die Stadt Varel dieses Konzept auf die Räume überträgt, die man dafür zur Verfügung stellt. Über

Einzelanträge hinaus sollte man ein Gesamtkonzept entwickeln , das dann Richtlinien für zukünftige Anträge vorenthält.

Das Ratsmitglied Ralle spricht sich auch für eine Baumaßnahme eines Versammlungsraumes aus. Er schlägt einen großen Vereins- und Versammlungsraum, der durch eine Schiebetür abtrennbar ist, vor.

Der Ausschussvorsitzende Ratsherr Langer erteilt der Verwaltung den Auftrag mit den beiden Vereinen Gespräche zu führen. Es soll eine gemeinsame Lösung von einem Gebäude durch mehrere Nutzer gefunden werden.

4.4 Verkehrssituation im Bereich des Lothar-Meyer-Gymnasiums

Ratsherr Böcker berichtet über die Verkehrssituation am Lothar-Meyer-Gymnasium. Nach Schulschluss verlassen die Kinder das Lothar-Meyer-Gymnasium an drei verschiedenen Stellen des Geländes. Im Bereich der Feuerwehrzufahrt verlassen einige Kinder das Gelände, weil dort bereits Eltern im Auto mit gestarteten Motor warten. Andere müssen hier aber das Schulgelände überqueren. Der weit größere Teil verlässt im Bereich der Gartenstraße das Schulgelände, müssen aber auch oftmals die Straße überqueren, um in den Bereich der Innenstadt zu gelangen. Auch hier warten Eltern bereits in gestarteten Autos. Ein noch größerer Teil fährt mit Fahrrädern in Richtung Mühlenstraße. Nach rechts abbiegende Fahrradfahrer müssen die Mühlenstraße überqueren. Die Sicht ist durch wartende Busse versperrt. Sowohl durch die Mühlenstraße als auch durch die Gartenstraße quälen sich zahlreiche Pkw's. Die vorgeschriebenen 30 km/h werden oftmals nicht eingehalten. Ratsherr Böcker hält diese Situation für äußerst gefährlich.

Der Bürgermeister Wagner regt hierzu an, zusammen mit dem Ordnungsamt und anderen Institutionen wie Polizei und eventuell auch mit dem Ausschuss für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr eine Ortsbegehung zu verkehrsträchtigen Schwerpunktzeiten durchzuführen.

Zur Beglaubigung:

gez. Walter Langer
(Vorsitzende/r)

gez. Sabine Spranger
(Protokollführer/in)